

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . 0,15 DM
Ankl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengeluche . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 2

Halver, Mittwoch, den 3. Januar

1951

Vorkonferenz noch nicht sicher

USA wollen Moskaus Vorschlag ablehnen

„Keine Besprechungen auf der Basis des Potsdamer Abkommens“

dmt. Washington, 3. Januar

Die Sowjetnote wird in Paris, London, Washington gründlich geprüft. Wenn auch in Paris die Beurteilung der Moskauer Antwort am positivsten ist, so fehlt es auch hier an pessimistischen Beurteilungen für das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz nicht. Auch London stellt noch manche Unklarheiten in der Sowjet-Antwort fest, die unter Umständen die Verhandlungen in Frage stellen könnten. In den Vereinigten Staaten scheint man besonders wenig geneigt zu sein, die von der Sowjetunion gestellten Bedingungen anzunehmen. Korrespondenten-Berichte besagen, daß die USA sich voraussichtlich jener Bedingungen widersetzen werden, die die Erörterungen auf Deutschland-Fragen beschränken wollen und die Entmilitarisierung Deutschlands als ersten Punkt auf der Tagesordnung sehen möchte. Damit ist man in Washington umso weniger einverstanden als die Sowjets anscheinend die ganzen Besprechungen wieder auf das Potsdamer Abkommen ausrichten wollen. Bevor jedoch die amerikanische Regierung offiziell zu der Sowjetnote Stellung nimmt, wird sie mit Frankreich und Großbritannien eine gemeinsame Antwort an Moskau beraten.

Sowjet-Rundfunk veröffentlicht Antwortnote

Die Sowjetunion hat in ihrer nunmehr vom Moskauer Rundfunk veröffentlichten Antwort auf die gleichlautenden Noten der drei Westmächte eine Vorkonferenz vorgeschlagen, um die Tagesordnung für eine Konferenz der Außenminister vorzubereiten. Als Tagungsort für diese Vorkonferenz komme Moskau, Paris oder London, nicht jedoch New York in Betracht.

Der Text der sowjetischen Note wurde in der Fassung verbreitet, die der französischen Regierung zugeleitet wurde. In der Note wird die Erklärung der Westmächte zurückgewiesen, daß Besprechungen über die Prager Beschlüsse der Ostblockstaaten nicht die Grundlage für eine demokratische Lösung des Deutschlandproblems bilden könnten. Die Angaben der Westmächte über eine Wiederaufrüstung der Sowjetzone werden als „Erfindungen von Anfang bis Ende, die in keiner Weise der Wirklichkeit entsprechen“, bezeichnet.

Weiter wird festgestellt, daß die Haltung der Sowjetunion in der Frage gesamtdeutscher Wahlen wohl bekannt sei. Aus den Tatsachen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden seien, ergebe sich, daß die drei Westmächte in Westdeutschland eine reguläre deutsche Armee organisieren wollten. Ebenso bekannt sei, daß mit der westdeutschen Regierung Verhandlungen über die Anzahl der Divisionen, der Ausrüstung, der Panzer und der schweren Artillerieverbände geführt würden, die in Streitkräften der Atlantikpaktstaaten eingegliedert werden sollten.

Die Sowjetunion erklärt in der Note, daß niemand die westlichen Regierungen in der Vergangenheit bedroht habe, und daß sie auch jetzt nicht bedroht würden. Umso unhaltbarer seien deshalb die Versuche, die Pläne für die Aufrüstung Westdeutschlands zu rechtfertigen. Abschließend werden die Westmächte in

der sowjetischen Note angeklagt, die Konferenz der Außenminister zu verzögern.

„Verhältnismäßig ruhig“

dmt. Bonn, 2. Januar

Die sowjetische Antwortnote wird von Bonner Regierungsstellen trotz mancher propagandistischen Formulierungen als verhältnismäßig ruhig bezeichnet. Man weist jedoch auf den Unterschied hin, der zwischen der Moskauer Bereitschaft, über die Abrüstungsfrage hinaus allge-

meine deutsche Probleme zu diskutieren, und der Forderung der Westmächte besteht, die weltpolitischen Fragen insgesamt zu besprechen.

Reimann für Ost-Westgespräch

dmt. Frankfurt, 2. Januar

In einem Aufruf in der „Sozialistischen Volkszeitung“ forderte der westdeutsche Kommunistenführer Max Reimann zu den bevorstehenden Viermächteverhandlungen sollten auch deutsche Vertreter zugelassen werden damit das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wiederhergestellt werde. In diesem Zusammenhang spricht sich Reimann erneut für ein sofortiges Gespräch zwischen Politikern der Ostrepublik und Westdeutschland aus „um einen gesamtdeutschen Standpunkt zur friedlichen Lösung der deutschen Frage auszuarbeiten.“

Rundreise Eisenhowers

dpa. London, 2. Januar

Der atlantische Oberkommandierende, General Eisenhower, wird sofort nach seiner Ankunft in Europa eine vierzehntägige Rundreise durch die Hauptstädte der europäischen Atlantikpaktstaaten antreten. Anschließend wird er sich wieder in die Vereinigten Staaten begeben.

Sturm auf Seoul hat begonnen

Schwere Kämpfe 12 Kilometer nördlich der Stadt — Angriff von drei Seiten

dmt. Tokio, 3. Januar

In der Nacht zum Mittwoch begann — von drei Seiten her — der Sturm der kommunistischen Angriffsspitzen auf Seoul. Von Nordosten, Norden und Nordwesten haben starke chinesische Streitkräfte, den Hauptstraßen folgend, den Kampf um die frühere südkoreanische Hauptstadt eingeleitet.

Nachdem am Dienstag bereits die Stadt Uijongbu — nördlich von Seoul — gefallen war, drangen die Chinesen in der Nacht zum Mittwoch noch weiter vor. Ihre Spitzen stehen zur Zeit etwa 11 Kilometer nördlich der Außenbezirke, wo die Amerikaner in vorbereiteten Stellungen heftigen Widerstand leisten.

Erbitterte Kämpfe entwickelten sich auch am Mittwochvormittag an der Straße Kaesong-Seoul, wo die kommunistischen Streitkräfte entlang der Bahnlinie Raum gewonnen haben. Hier konnte eine amerikanische Division den Angriff stoppen, der vor allem deshalb gefährlich ist, weil von hier aus die Verbindungen nach Incheon, dem großen Hafen an der Westküste, unterbrochen werden können.

Eine weitere Gefahr für die UNO-Verbände bedeutet das Vordringen der von Nordosten her operierenden chinesischen Armee. Die Chinesen haben sich an der Han-Fluss zu überschreiten, um in den Rücken der amerikanischen Verteidigung zu gelangen.

„Höllentombe“ schon 1951

dpa. Stockholm, 3. Januar

Die erste Wasserstoffbombe, deren Sprengwirkung um ein Vielfaches stärker ist als die der bisher verwendeten Atombomben, wird in den Vereinigten Staaten voraussichtlich in diesem Jahr fertiggestellt und erprobt werden. Diese Mitteilung machte der amerikanische Atomspezialist William L. Laurence in seinem neuen Buch „Die Höllentombe“.

Das ursprünglich auf drei Jahre berechnete Programm zur Konstruktion der Wasserstoffbombe konnte seit Ausbruch des Korea-Krieges beschleunigt durchgeführt werden. Der Radius der Sprengwirkung der Wasserstoffbombe wird auf sechzehn Kilometer und der der Hitzestrahlung auf 32 Kilometer geschätzt. Die Zündung der Bombe — zu der außerordentlich hohe Temperaturen erforderlich sind — erfolgt durch eine Plutonium-Bombe. Die Sowjetunion, die jährlich sechs Atombomben herstellt, wird mit der Wasserstoffbomben-Herstellung mindestens drei Jahre im Rückstand sein. Die Wasserstoffbombe soll auch als taktische Waffe große Bedeutung haben, da durch ihre radioaktive Strahlung eine aus mehreren Divisionen bestehende Armee vernichtet werden kann.

„Kaum verbesserte Kohlenlage“

Erhard appelliert erneut an die Alliierten — Besprechung auf dem Petersberg

dpa. Bonn, 2. Januar

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard wollte am Dienstag auf dem Petersberg, um mit alliierten Sachverständigen insbesondere die deutsche Kohlenlage zu erörtern. Im Zusammenhang hiermit wurde auch die Frage der Entflechtung der Kohle- und Eisenindustrie besprochen.

Erhard wies mit Nachdruck „auf die kaum verbesserte Kohlenlage“ hin und appellierte erneut an die Einsicht der Alliierten, durch ein Entgegenkommen in der Kohlenexportfrage eine weitere Zuspitzung der Kohlenkrise zu vermeiden. Wenn überhaupt von einer gewissen Entspannung auf dem Kohlenmarkt gesprochen werden könne, dann nur durch die Sonderschlachten und die rigorosen Verbrauchsbeschränkungen, besonders beim Hausbrand. Es könne aber dem deutschen Volk nicht zugemutet werden, auf seinen enormen Kohlenvorkommen zu sitzen und trotzdem zu frieren. Wenn die Industrie ihrerseits einen erheblichen Mehrverbrauch gegenüber dem Vorjahr habe, so sei das auf die alliierten Verlangungen nach deutscher Hilfestellung für die Rüstungsindustrien des Westens zurückzuführen. Hierfür könne man aber das deutsche Volk jetzt nicht bestrafen.

Ostberlin — 6. Land der DDR

Eine Ankündigung Eberts

dpa. Berlin, 2. Januar

Der Ostberliner Oberbürgermeister Ebert (SED) kündigte auf einer Kundgebung im Sowjetsektor an, daß Ostberlin der Gesetzgebung der Sowjetzonenrepublik unterstellt werde. Damit würde Ostberlin praktisch das sechste Land der

Sowjetzone werden. Bisher war von der Sowjetzonenregierung stets erklärt worden, daß der Viermächtestatus von Berlin streng beachtet werde. Allerdings wurde die Gesetzgebung in Ostberlin bereits in vielen Fällen den Regelungen der Sowjetzone angeglichen.

Galgen am 10. Januar?

Die Prinzessin von Isenburg, die sich seit Jahren caritativ um die Landsberger Häftlinge kümmert, hat Nachrichten darüber erhalten, daß Anfang Januar in Landsberg wieder Hinrichtungen stattfinden sollen. Als Tag wird der 10. Januar genannt. Die Prinzessin erhielt diese Mitteilung aus einer ihr sicher erscheinenden Quelle, und sie hat sie deshalb zum Anlaß genommen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die geplanten Hinrichtungen zu verhindern.

Hier handelt es sich aber um eine Angelegenheit nicht von Einzelnen, sondern des ganzen deutschen Volkes. Es geht nicht darum, ob der oder jener, der seit Jahren auf die Vollstreckung des Urteils wartenden und zwischen Leben und Tod schwebenden Häftlinge wegen begangener Untaten den Tod verdient hat oder nicht. Es geht darum, ob die Welt es zulassen will, daß heute, fünf Jahre nach Kriegsende, noch wieder Galgen aufgerichtet werden, von denen Winston Churchill mit Recht sagte, daß niemals Gras über sie wachsen würde. Ueber die bisher in Deutschland aufgerichteten ist noch kein Gras gewachsen, und die neuen werden im Gedanken der Menschen noch weniger als Sinnbilder der Verständigung, sondern vielmehr als Symbole der Gewalt und der Rache bestehen bleiben.

Es ist erwiesen, daß in Landsberg Un-

schuldige hingerichtet worden sind. Unschuldige nicht etwa nur in dem rein juristischen Sinne, daß die Tat, der man sie zurechnen überkommenen Völkerrecht nicht strafbar war, sondern sogar deshalb Unschuldige, weil sie die ihnen vorgeworfene Tat überhaupt nicht begangen hatten!

Die Akten darüber sind vorhanden, aber das Weltgewissen schläft. Die Tatsache allein, daß solche Vorgänge möglich waren, wirft auf Art und Durchführung der Prozesse ein erbarmungsloses Licht. Wer kann die Verantwortung dafür tragen, daß andere, im selben Verfahrenssystem Verurteilte tatsächlich schuldig sind? Es darf keine Hinrichtung mehr geben, ohne eine Überprüfung der Urteile, nicht etwa durch ein paar Beauftragte an Hand der Akten und hinter verschlossenen Türen, sondern durch einen ordentlichen und unparteiischen Gerichtshof.

Wer jetzt schweigt, macht sich mitschuldig. Es kann sein, daß die Nachricht von der geplanten Wiederaufnahme der Hinrichtungen unrichtig ist. Aber die Gefahr, daß sie doch zutrifft, ist zu groß, als daß man nicht so handeln müßte, als ob sie den Tatsachen entspräche. Sonst ist es unter Umständen zu spät. Es sind nur noch wenige Tage bis zum 10. Januar.

Ein neuer Anfang

von
Paul Bourdin

Das Jahr ist gut zu Ende gegangen, und wir konnten das Fest eines neuen Beginns feiern. Fröstelnd freilich und voller Zweifel folgen wir dem mühsamen „Kampf des Lichts gegen die Finsternis“, denn wir tauchen gerade erst aus der dunklen Nacht auf, in der ein dritter Weltkrieg fast unvermeidlich schien. Asien hatte sich in Marsch gesetzt, und in Amerika wurde die Anwendung der Atombombe „erwogen“. Vor der Alternative zwischen bedingungsloser Kapitulation und totalem Krieg drohte die Allianz der freien Nationen auseinander zu fallen. Damit wäre das erste Ziel der sowjetischen Politik erreicht gewesen.

Attlee flog nach Washington, und es gelang, die Vertrauenskrise zwischen Amerika und seinen Bundesgenossen zu überwinden. Hier wurden die Voraussetzungen für einen neuen Anfang gelegt, der dann in Brüssel von den zwölf Atlantikpaktstaaten besiegelt wurde. Vieles mußte in der Schwebe bleiben, weil es von der Entwicklung der militärischen Lage in Korea und den diplomatischen Möglichkeiten in der Welt abhängig ist. Aber gewonnen wurde die Einsicht, daß weder in Korea noch in China eine Entscheidung zwischen West und Ost zu erreichen ist, daß die gemeinsamen Kräfte nicht in Asien vergebend, sondern schleunigst für die Hauptfront des kalten Krieges in Europa mobilisiert werden müssen. Amerika hat mit der Verkündung des nationalen Notstandes, der seine potentielle Überlegenheit möglichst bald in eine effektive umwandeln soll, den anderen Atlantikstaaten den Weg gewiesen und in Brüssel durch die Ernennung Eisenhowers seine Anwesenheit in Europa feierlich bestätigt.

Diese Anwesenheit wird sich jedoch nicht auf das Militärische beschränken, und darin liegt ein nicht minder wichtiges Ergebnis von Brüssel. Die Zeit, die von den Militärs genutzt werden muß, soll von den Diplomaten nicht versäumt werden. So wie Attlee in Washington zugebilligt worden ist, daß England vor einer Entscheidung über Krieg und Frieden im Fernen Osten gehört werde, so sollen auch Frankreich und Deutschland an einer Politik beteiligt werden, die für sie Leben oder Tod bedeuten kann. Aus entgegen gesetzten, aber auch aus gleichartigen Gründen haben die beiden von der Sowjetunion am mittelbarsten bedrohten Kontinentalstaaten Bedenken gegen eine überstürzte Einbeziehung deutscher Einheiten in die europäische Verteidigungsfront. Beiden soll Rechnung getragen werden — in einem letzten Verständigungsversuch mit Moskau und in ersten echten Verhandlungen mit Bonn. An die Stelle panikartiger Entscheidungen ohne Befragung der Hauptbeteiligten ist eine kühl berechnete Zeittafel getreten. Auf ihr ist die deutsche Aufrüstung an den Platz gerückt, an den sie gehört, nämlich dorthin, wo keine Aussicht mehr besteht, sie zu vermeiden, wo aber auch eine reale Chance vorhanden ist, sie im Schutze einer wachsenden Atlantikstreitmacht und unter Antriebe zunehmender Freiheiten ungestört und erfolgreich vorzunehmen.

Das Jahr beginnt noch einmal mit einer diplomatischen Pause. Aber in ihr dürfen die großen Worte und schweren Entschlüsse, die auf den Bühnen von Washington und Brüssel gefallen sind, nicht wieder tatenlos verhallen. Der Notstand ist erklärt — nicht nur für Amerika. Im Angesicht der Gefahr sich über Subtilitäten der Souveränität zu streiten, ist von französischer wie von deutscher Seite Selbstmord. Das Schlimmste wäre eine Politik halber Maßnahmen, auf die der Westen zuzusteuern droht: zu rüsten und damit dem Krellen den psychologischen Vorwand zu einem Präventivkrieg zu liefern, aber nicht genügend zu rüsten, um Europa vor der Invasion, der Sowjetisierung und der Befreiung zu bewahren.

Fackelzug zu Ehren Piecks

Zu seinem 75. Geburtstag

dpa. Berlin, 3. Januar

Die Sowjetzonenregierung hat zum 75. Geburtstag des Präsidenten der Sowjetzonen-Republik, Wilhelm Pieck, am 3. Januar einen Aufruf erlassen der Lebenswerk und Persönlichkeit Piecks feiert. Gleichzeitig gibt die Sowjetzonen-Regierung die Gründung eines „Wilhelm-Pieck-Stipendiums“ bekannt, das für 200 Studenten ein Stipendium von monatlich 300 Ostmark vorsieht.

Vor seinem Amtssitz Schloß Niederschönhausen nahm am Dienstagabend Wilhelm Pieck zwei Stunden lang einen Fackelzug der FDJ ab. Alle Sowjetzonen-Länder hatten größere Delegationen mit Fahnen und Fanfaren entsandt. Sie defilierten bei Blasmusik einer Volkspolizeikapelle vorbei. Hinter dem Formationsschild „Westdeutschland“ marschierten etwa 30 Jugendliche.

Der Straßenzug der Elsaß-Lothringers Straße im Sowjetsektor Berlins wurde am Dienstag von dem in Ostberlin eingesetzten Oberbürgermeister Friedrich Ebert (SED) in Wilhelm-Pieck-Straße umbenannt.

Die Seite der Heimat

Halver, den 3. Januar 1951

Doch der Segen

... kommt von oben — so heißt es im altbekannten „Lied von der Glocke“. Herr Schiller (der übrigens den nach ihm benannten Krausen erfunden haben soll) hat das wahrscheinlich nicht so gemeint, wie man nach unserem Bild vermuten könnte. Ich kann's nicht glauben, denn vorgestern (das muß einem ausgerechnet im neuen

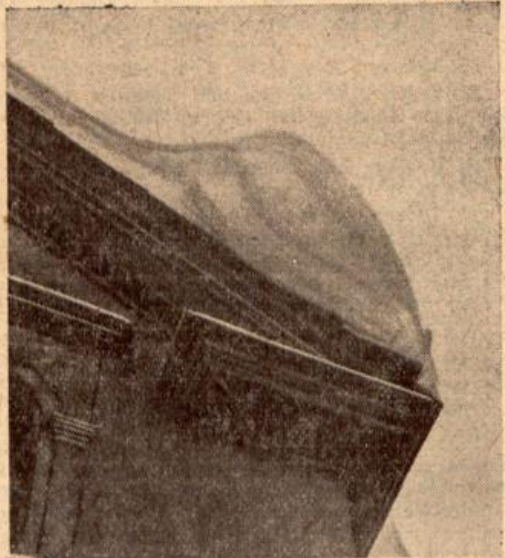


Foto: Breitbach

Jahr passieren!) kam mir ein solcher „Segen“ auf den Kopf. Unangenehm — in der Tat!

Was macht man dagegen? Wenn es einmal unten ist, dann ist es natürlich zu spät. Vorher, meinen Sie? Ganz recht. Das denke ich auch. Also überlegen wir uns mal den Fall. Steigen wir aufs Dach und werfen wir den „Segen“ hinunter. Natürlich nicht, ohne vorher Amalie oder Peterchen zur Warnung der ahnungslosen Passanten unten postiert zu haben. Dann kann nichts schief gehen.

Wenn Amalie aufpaßt.

Henricus

Halver

Gerichtstag in Halver

Der nächste Gerichtstag wird am 9. Januar in Halver abgehalten. Er wird im Sitzungssaal des Amtshauses abgehalten und beginnt um 8.30 Uhr.

Einen schweren Sturz mit Skiern

machte am Neujahrstage ein auswärtiger Wintersportler in der Nähe von Collenburg. Scheinbar durch einen Maulwurfshügel kam er zu Fall und schlug mit dem Handgelenk derartig unglücklich auf die vordere Spitze auf, daß ein tiefes Loch in der Pulsgegend zurückblieb. Glücklicherweise konnte sein Kamerad sofort den Arm abbinden, und einen Schlitten zur Beförderung zum Arzt herbeiholen, sonst wäre der Verunglückte verblutet. Die sofortige Ueberweisung ins Krankenhaus war erforderlich.

Es war zu glatt!

Durch einen leichten Regen am gestrigen Dienstag war es auf den Straßen unerhört glatt, so daß ein Passieren, vor allen Dingen für ältere Leute, nicht immer einfach war. Verschiedene Stürze wurden beobachtet, wobei es in den meisten Fällen ohne größeren Schaden abging, es gab aber auch Verstauchungen und einen Armbruch. An solchen Tagen ist ein Streuen auf sämtlichen Straßen eigentlich unerlässlich.

Zigeuner gefaßt

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, war am Lingerweg unter umherziehenden Zigeunern eine Schlägerei ausgebrochen, bei der ein hinzugerufener Polizeibeamter mit einem Messer tödlich angegriffen wurde. Der damals entwichene Haupttäter konnte jetzt von einer auswärtigen Polizeidienststelle dingfest gemacht werden. Da er leugnete, wurde er den Zeugen in Halver gegenübergestellt und einwandfrei identifiziert.

Die Heimatzeitung gratuliert

Ihr 76. Lebensjahr kann am 5. Januar 1951 Witwe Theodor Weitzel, Friederike geb. Diehl, Lohstraße 9, vollenden. Unseren Glückwunsch!

Volkswagensparer melden

Die Abwicklungsstelle der IDA für Volkswagensparer gibt bekannt:

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Volkswagensparer, welche nicht die Auszahlung des Geldbetrages, sondern die Lieferung ihres angesparten Volkswagens aus der hierfür vorgesehenen Eigenproduktion des Werkes fordern, ihre Meldung an den Aufsichtsrat der Reichswerke Wolfsburg in Fallersleben, Marktstraße 5 zu richten haben. Der Meldung ist Einschreibbriefporto beizufügen.

Es wollen sich bei dieser Stelle jedoch nur diejenigen Sparer melden, welche noch im Besitz ihrer Unterlagen sind. Sparer, welche bereits von der Arbeitsgemeinschaft Reichsbetriebe Lindau erfaßt wurden, sind von der Meldepflicht entbunden.

Das interessiert die Skisportler

Der Westdeutsche Skiverband ermöglicht in diesem Winter wieder vielen Skikameraden und Kameradinnen Hocheisfahrten zu günstigen Bedingungen. Es geht ins bayerische Schneesichere Hochland, weiter ins Walsertal, nach Oesterreich (u. a. St. Anton), in die Schweiz (Parsenn), nach Norditalien (Umgebung von Cortina) usw. Erwähnt sei, daß für das Walsertal keine Einreiseerlaubnis mehr erforderlich ist. In anderen Fällen ist sofort ein Auslandspaß und umgehende Devisenbestellung durch ein Bankinstitut zu beantragen. Die Auslandsreisen beginnen am 24. 2. 1951. Anmeldungen sind an Robert Burghardt, Iserlohn, Werminser-Straße 54, zu richten.

Niederschlagsmessungen in Halver 1950

Die Messungen auf der Karlshöhe — Ergebnisse der Niederschlagsmeßstelle Halver

Das vergangene Jahr zeigt eine Höhe der Niederschläge, die für unsern Ort nur wenig über normal liegt, trotz der monatelangen starken Regenperiode, angefangen im September, die sich dann in dauerndem Schneefall im Dezember fortsetzte. Im Oktober fiel am 26. und den nächsten Tagen der erste Schnee, der jedoch schnell wegschmolz, ebenso der mit Regen gemischte Schnee, der vom 14. bis 17. November den Boden kurze Zeit bedeckte. Erst der Schnee im Dezember blieb liegen. Wenn nicht ein Abschmelzen auf dem nicht gefrorenen Boden und ein Zusammensinken des Schnees erfolgt wäre, so hätte er eine Gesamthöhe von 76 cm erreichen müssen. Die Meldungen in den Weihnachtswochen an die Wetterwarte für den Skidienst konnte erst mit 35, dann mit 27 cm angegeben werden. Der Monat Februar zeigte eine über dem Durchschnitt liegende Menge an Regen gemischt mit Schnee. Der Skisport war in diesem Jahre im vorigen Winter für unsern Ort nicht möglich.

Zahlreiche Gewitter mit ihren naturbedingten Regenmengen zwangen die Landwirte, oft neu die Erntearbeiten besonders zu beschleunigen, ließen aber andererseits einen Ernteerfolg entstehen, den man wohl als über der Mittelmäßigkeit liegend bezeichnen kann. Leider vernichtete der am 2. September einsetzende Dauerregen große Mengen Grummet und Hafer. Gute Tage im Oktober ließen die Kartoffelernte rüstig fortschreiten, wenn auch diese Knollenfrucht durch die bodenaufweichenden Regenfälle ziemlich schmutzig eingebracht wurde. Viele Runkelbestände gerieten in den früh einsetzenden starken Frost, konnten aber in der Hauptsache wohl gerettet werden.

Es wurden 40 Gewitter verzeichnet, an manchen Tagen bis zu 3. 8 Ferngewitter brachten z. T. starke Regenmengen mit.

Im großen und ganzen war das Jahr feucht.

Lichtspiele Karlshöhe

Eine moderne Fabel aus dem Märchenland der Liebe mit den Schlägern, die doch in aller Munde sind und zwar Michael Jarv's Tango: „Die kleine Insel...“ und Wolfgang Lieben-einer's: „Des Lebens Ueberfluß“ bringen die Lichtspiele Karlshöhe am Mittwoch und Donnerstag mit dem entzückenden musikbeschwingten Film vom fröhlichen Alltags und allerlei glücklichen Leuten: „Des Lebens Ueberfluß“. Diese heitere Geschichte eines verliebten Paares unter den Dächern einer verliebten Stadt mit seinem ausgelassenen Spiel ist so lebensnah und echt, daß der Beifall mitten in das Bild hinein braust. Das lachende Glück, von treffenden Typen mit zündendem Witz dargestellt und von fesselnder Musik umrahmt, verbirgt eine frohe Unterhaltung.

Mit Galgenhumor — Reklame

In einem Stoffgeschäft der Stuttgarter Innenstadt wurde bei einem nächtlichen Einbruchversuch die große Schaufensterscheibe zertrümmert. Der Geschäftsführer überklebte die Reste der Scheibe mit einem großen Plakat das folgenden Text trug: „Achtung, hier wurde eingebrochen, so beehrt sind unsere Stoffe.“

Schutzgemeinschaft gegen erhöhten Brennholzeinschlag

Gegen den durch die Kohlenverknappung bedingten verstärkten Brennholzeinschlag protestierte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Die angespannte Holzversorgungslage und der Zustand der deutschen Wälder erlaubten keine Ueberhiebe zur Gewinnung von Brennholz. Die Schutzgemeinschaft will das Bundeswirtschaftsministerium bitten, alles zu tun, um dieses Unheil vom deutschen Wald abzuwehren.

Ostendorf

Erfolgreiche Wildschweinjagd

Bei einer im Gebiet um Ostendorf abgehaltenen Wildschweinjagd wurden 15 Schwarzkittel aufgespürt, von denen Förster Herre einen erlegen konnte.

Oberbrügge / Ehringhausen

Das hätte ein nasses Bad werden können

Ein hiesiger Geschäftsmann, der sich mit seinem Lieferwagen auf Kundschaft begab, wurde an der alten Volmebrücke aus der Fahrbahn geworfen. Der Wagen schlug gegen das Brückengeländer und durchbrach es. Der Vorderwagen hing schon in bedenklichem Zustand über der Volme, und es hätte nicht viel gefehlt und die drei Insassen wären mit dem Wagen in die Tiefe gestürzt. So aber gelang es einem LKW, den Wagen wieder aus seiner gefährlichen Lage auf die Fahrbahn zu bringen. Wenn auch Personen nicht zu Schaden kamen, so dürfte der Materialschaden doch erheblich sein.

Mütterberatungsstunden

Die Mütterberatungsstunden in Ehringhausen werden von 1951 an auf den zweiten Mittwoch im Monat gelegt, so daß im Monat Januar die Mütterberatungsstunde am Mittwoch, dem 10. Januar 1951, um 15.30 Uhr im Gasthof Steinbach stattfindet.

Hohes Alter

Seinen 84. Geburtstag kann am Montag dem 8. Januar Herr Fritz zur Nieden, Berstraße, begehen. Trotz seines hohen Alters macht er noch immer seine Spaziergänge und nimmt noch regelmäßig am Gottesdienst teil. Sicherlich ein Zeichen seiner körperlichen und geistigen Rüstigkeit. Auch wir entbieten dem Hochbetagten noch einen schönen Lebensabend!

Große Geflügelschau

Der Geflügelzuchtverein Ehringhausen führt am 6. und 7. Januar im Saale Hüttebräuker eine große lokale Geflügelschau mit einer Eierausstellung durch. Die Schau will allen einen Ein-

wirkte darum auch wohl weniger günstig auf den Gesundheitszustand, vor allem aber war der Wunsch nach Sonne im letzten Drittel des Jahres besonders groß. Die Weihnachtstage brachten denen, die Schneeschuhe unter dem Christbaum fanden, das für den Skisport geeignete Wetter. Hier sollen die Maße für das Jahr 1950 folgen:

Die Messungen auf der Karlshöhe

Januar	73,5 mm
Februar	192,5 ..
März	30,5 ..
April	147,5 ..
Mai	103,0 ..
Juni	64,5 ..
Juli	110,5 ..
August	84,5 ..
September	122,5 ..
Oktober	66,0 ..
November	208,5 ..
Dezember	99,0 ..

Summa 1302,5 mm

Die amtlichen Messungen Niederschläge in Halver

Die Niederschlagsmeßstelle Halver für das Meteorologische Amt Nordrhein-Westfalen teilt uns das Ergebnis der Messungen im Jahr 1950 mit. Es wurden gemessen an 199 Tagen:

	niedrste Tagesm.	höchste Tagesm.	mtl. Gesamtm.
Januar	0,1 mm	21,8 mm	70,5 mm 12 Tage
Februar	0,2 mm	40,0 mm	190,4 mm 20 Tage
März	0,0 mm	15,5 mm	29,1 mm 10 Tage
April	0,1 mm	17,4 mm	145,1 mm 25 Tage
Mai	0,3 mm	30,0 mm	107,7 mm 16 Tage
Juni	0,4 mm	15,2 mm	61,3 mm 9 Tage
Juli	0,2 mm	20,8 mm	116,1 mm 17 Tage
August	0,6 mm	28,3 mm	93,5 mm 12 Tage
September	0,2 mm	22,0 mm	125,2 mm 25 Tage
Oktober	0,1 mm	10,8 mm	59,1 mm 14 Tage
November	0,1 mm	20,7 mm	202,6 mm 25 Tage
Dezember	0,4 mm	20,7 mm	94,5 mm 14 Tage

Gesamtmessung des Jahres: 1294,1 mm an 199 Tagen

blick geben in die züchterische Arbeit unserer Kleintierzüchter. Außerdem findet eine große Verlosung und ein Preisschießen statt, bei denen es schöne Preise zu gewinnen gibt. Die Firma Menke, Halver, ist ebenfalls mit einem Stand vertreten und zeigt die Heilmittel bei Krankheiten im Hühnerstall.

Jahreshauptversammlung der Turner

Der Turnverein Berkenbaum führt am Sonntag, dem 6. Januar im Lokale Lüsse seine Jahreshauptversammlung durch. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist die Teilnahme aller Turner und Sportler erforderlich.

Heilmittel im Hausierhandel

In immer größerem Umfange werden die Familien, besonders die Bewohner auf dem Lande, von Häuslern besucht, die unter hochtrabenden Zusicherungen und mit großen Wertversprechen Heilmittel direkt zum Verkauf oder auf „Bestellschein“ anbieten. Der Regierungspräsident warnt eindringlich vor diesem Handel. Prüfungen haben ergeben, daß oft das Zehnfache des Herstellungspreises gefordert wurde.

Die Gewerbeordnung verbietet jedes Ankaufen oder Feilbieten von Arznei- und Heilmitteln im Umherziehen. Zu den Arzneimitteln rechnen alle Mittel, die dazu bestimmt sind, Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder Beschwerden bei Mensch oder Tier zu verhüten, zu lindern oder zu beseitigen. Es empfiehlt sich, sich von den Händlern den Wandergewerbeschein vorzeigen zu lassen, um zu verlegen, ob die angebotenen Mittel darauf verzeichnet sind. Wenn Zweifel auftauchen, empfiehlt es sich, das Gewerbe- oder Gesundheitsamt zu befragen und diesen Stellen jeden verdächtigen Fall zur Kenntnis zu bringen. Damit dient man der Allgemeinheit. Jede Ausübung der Heilkunde im Umherziehen ist gesetzlich untersagt. Unter dieses Verbot fällt auch der Verkauf von Stärkungsmitteln, Blutnähr- und Kräftigungsmitteln.

AOK mußte Vollstreckungs-Abteilung einrichten

Im 3. Quartal 1950 2830 Mahnungen verschickt und 1520 Pfändungsbefehle bearbeitet

Bis zum Tage X im Jahre 1948 gingen die Beiträge zur Sozialversicherung, von Ausnahmen abgesehen, bei den Krankenkassen ziemlich pünktlich ein. Bei den verbleibenden Rückständen handelte es sich durchweg nur um kurzfristige Mahnungen wurden nur wenige ausgereicht. Eintreibungsverfahren ebenfalls kaum.

Nach dem Währungschnitt änderte sich das Bild. Am 31. Dezember 1948 hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse Altena-Lüdenscheid einen Beitragsrückstand von ca. DM 325 000.—, der sich aus Beiträgen für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zusammensetzte. Die höchsten Rückstände ergaben sich Anfang vorigen Jahres. Erfreulicherweise gingen sie dann allmählich zurück. Im 3. Quartal 1949 mußten noch 3700 Mahnungen verschickt werden, die für den gleichen Zeitraum im Jahre 1950 auf 2830 zurückgingen. Die durchgeführten Pfändungen reduzierten sich jedoch nicht im gleichen Verhältnis. So mußten im 3. Quartal 1949 ca. 1750 Pfändungsbefehle bearbeitet werden, im 3. Quartal 1950 waren es noch 1520.

Die Mahn- und Eintreibungsverfahren bedingen eine erhebliche verwaltungsmäßige Mehrarbeit. So mußte die Allgemeine Ortskrankenkasse eine besondere Vollstreckungsabteilung einrichten, in der neben einem Vollstreckungsbeamten dauernd zwei zeitweise sogar drei Vollstreckungsbeamte beschäftigt werden. Darüber hinaus erfolgte ein erhöhter Einsatz von Beitragsseziern. Vor der Währungsreform benötigte die AOK für diese Tätigkeit in jedem Quartal 3—4 Beitragsseziern für einige Wochen. Die Vollstreckungs- und Vollziehungsarbeiten konnten mit Rücksicht auf die geringe Anzahl nebenbei erledigt werden. Bei der jetzt herrschenden Geld-

Sie bleiben abgedröhnt

Die Aussichten für die Anwohner der ländlichen Bezirke im Bereich der Mark-Sauerland-Linien Neumühle—Reblin—Herscheid und Neumühle—Fürwigersperre—Meinerzhagen, wieder an das Verkehrsnetz angeschlossen zu werden, sind denkbar ungünstig. Die Provinzialverwaltung hat es abgelehnt, sofort mit den Räumungsarbeiten zu beginnen, da wichtigere Straßen den Vorrang hätten.

Man kann darüber denken wie man will, sicher ist jedenfalls, daß in Lendelscheid und den übrigen Ortschaften viele Arbeitnehmer wohnen die nach Lüdenscheid und Meinerzhagen zu ihrer Arbeitsstätte müssen. Wenn „Mark-Sauerland“ es mit dem eigenen Schneeräumer schaffen könnte, wäre die Strecke längst fahrbereit. 4

Der Pförtner zum neuen Jahr

Der Januar 1951 hat die Regierung angetreten. Er ist der Pförtner eines jeden neuen Jahres, ein kalter und frostiger Geselle den schon unsere Ahnen als „Eismond“ fürchteten. Milde läßt der strenge Herr, der seinen Namen „Jänner“ oder „Januar“ nach dem römischen Gott Janus hat, kaum walten und wenn er sich wirklich etwas freundlicher zeigt, dann währt das immer nur ein paar Tage. Sympathisch ist der Eismond, der übrigens auch „Hartung“ genannt wird, den Menschen eigentlich niemals gewesen. Dazu haben sie in allen Zeiten wohl viel zu sehr frieren müssen. Nur... die Wintersportler hat er auf seiner Seite, die ihn als klassischen Monat ihrer Ferien ansehen und rechte Loblieder auf ihn singen. Denn er bringt bestimmt den ersehnten Schnee und darum werden auch alle großen Wintersportveranstaltungen in die Januar-tage verlegt.

Der Bauer wünscht sich den ersten Monat des Jahres trocken und keineswegs warm, denn sonst droht er Frucht und Weinernte. Eine alte Wetterregel sagt: „Januar wie Lenz und Sommer, macht dem Bauern armen Kummer!“ Und in einem anderen Spruch heißt es: „Nebel im Januar macht ein nasses Frühjahr!“. Die Legende sagt auch, daß am 25. Januar, an dem Tag, an dem sich Saulus in Paulus verwandelt soll, der halbe Winter herum ist. Leider hat die Erfahrung gelehrt, daß dies durchaus nicht immer zutrifft.

Aber lassen wir uns nicht einschüchtern. Das neue Jahr ruft zu neuem Beginnen. Und dazu soll uns der erste Monat gerade recht anzu sein.

Der Kalender

Es ist immer das erste Zeichen des neuen Jahres, wenn die „dicken“ Kalender wieder auftauchen. Mit bunten Bildern aller Art wollen uns die Wochenkalender erfreuen, die uns von den Bergen erzählen, oder vom Meer, und uns sommerliche oder winterliche Ausflugsfreuden in Aussicht stellen. Jagdkalender gibt es und Tierkalender, Kalender für Kinder und solche für Künstler. Neben ihnen liegen, seriös, die Kalender für den ersten Geschäftsmann, auf denen einmal sein Tageslauf notiert sein wird. Auch die Kalender in Buchform tauchen wieder auf.

Da liegen sie nun nebeneinander, die kleinen und großen, die fröhlichen und nachdenklichen, die sachlichen und unsachlichen Kalender, und präsentieren uns ihre roten und schwarzen Ziffern. Wir wissen es ganz genau, daß die schwarzen Zahlen des Alltags in der Ueberzahl sein werden, und daß die 52 Sonntage und die wenigen großen Festtage daneben, die rot eingezeichnet sind, es schwer haben, gegen sie aufzukommen. Aber die Blätter sind unbeschrieben, auch wenn sie bedruckt sind, und niemand weiß, was die Blätter, die er durch seine Hand gleiten läßt, an heiteren und dunklen Losen bestimmen werden. Es ist immer ein nachdenkliches Gefühl in uns, wenn man den Kalender des kommenden Jahres zum ersten Mal in die Hand nimmt.

AOK mußte Vollstreckungs-Abteilung einrichten

Im 3. Quartal 1950 2830 Mahnungen verschickt und 1520 Pfändungsbefehle bearbeitet

knappe ist es verständlich, daß die Beitrags-schuldner zunächst versuchen, durch unberechtigte Einsprüche Frist zu gewinnen. Daraus ergibt sich neben den erhöhten Vollstreckungs- und Vollziehungsarbeiten ein gesteigerter Verwaltungsaufwand (Schriftwechsel, Telefonate, Verhandlungen usw.)

Die früher kaum gekannten Konto-Zahlungen belasten die Verwaltung der AOK ebenfalls sehr stark. In diesem Zusammenhang müssen die sogenannten „Rückschecks“ erwähnt werden, für die keine Deckung vorhanden ist. Dieser Brauch ungedeckte Schecks herauszugeben, brauchte früher im kaufmännischen Verkehr nicht oder nur in den seltensten Fällen in Rechnung gestellt werden.

Die Pfändungsverfahren betreffen zu über 80 Prozent die kleineren Konten d. h. die Arbeitgeber, die unter zehn Beschäftigte oder freiwillig Versicherte haben. Daß hier ein Wandel geschaffen werden muß liegt auf der Hand. Es ist zu bedenken, daß die Leistungen der Kasse an die Versicherten sofort fällig sind. Die Beiträge werden aber erst nachträglich erhoben. Ebenso ist ein pünktlicher oder richtiger termingemäßer Eingang der Beitragszahlungen die Voraussetzung dafür, daß die Renten und die Arbeitslosenunterstützungen reibungslos gezahlt werden können.

Von der AOK

Am gestrigen 2. Januar konnten Verwaltungs-rat Erich Panne, Valbert und Inspektor Krammenschneider, Lüdenscheid bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Altena und den Stadtkreis Lüdenscheid ihr 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Wir gratulieren.

Böckler: Auch im Gegensatz zum Bundestag

Mitbestimmungsrecht durch „gewerkschaftliche Mittel“ / Doch noch Sozialpartner-Gespräch?

dpa, Düsseldorf, 2. Januar

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. h. c. Böckler, kündigte in einem dpa-Interview an, daß die Mitbestimmung in der eisenschaffenden Industrie und im Bergbau „in kürzester Frist“ akut werde. Die Urabstimmung über eine Bereitschaft zum Streik zur Erringung des Mitbestimmungsrechtes treibe zu raschen Entscheidungen, das gleiche gelte auch für die Urabstimmung im Bergbau, die unmittelbar vor der Türe stehe.

Die Befugnisse des Bundestages zur gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes wird von Böckler nur bedingt anerkannt. Nicht jeder Parlamentsbeschluß könne die Gewerkschaften binden, der DGB behalte sich das Recht vor, auch im Gegensatz zu Parlamentsbeschlüssen auf wirtschaftspolitischen Gebiet zu handeln. Das Parlament stelle zur Zeit nur das Vollzugsorgan der politischen Demokratie dar. Die Demokratie sei nicht vollständig, weil sie in der Wirtschaft nicht gelte. Der DGB wolle mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die volle, das heißt, auch die wirtschaftliche Demokratie erkämpfen.

Grundsätzlich sieht Dr. Böckler drei Möglichkeiten, das Mitbestimmungsrecht zu erreichen: 1. durch ein Uebereinkommen zwischen den Sozialpartnern, 2. durch ein rasch verabschiedetes Bundesgesetz, 3. durch „gewerkschaftliche Mittel“. Als den idealen Weg betrachtet er noch immer direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Er hoffe und glaube, daß eine erneute Zusammenkunft der maßgeblichen Vertreter beider Seiten zustande kommen werde. Das Verhältnis zu den Unternehmern sei in letzter Zeit vor allem durch zwei Tatsachen getrübt worden, durch die Kölner Jahresversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, bei der nicht so sehr die Rede Dr. Voegels der Stein des Anstoßes gewesen sei, sondern die Tatsache, daß rund 4000 Industrielle „diesem dummen Gerede“ frenetisch Beifall gezollt hätten. Die zweite Tatsache seien die Plakate gegen die Urabstimmung gewesen, die zu schwerwiegender Verstimmung beim DGB geführt hätten.

Dr. Böckler betonte im Zusammenhang mit dem Mitbestimmungsgesetz, es würde nur dann anerkannt werden, wenn es raschenstens verabschiedet werde und den DGB-Forderungen entspreche,

also beispielsweise die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte vorsehe. Andernfalls würde die dritte Möglichkeit akut, die Anwendung der gewerkschaftlichen Mittel. Genauere Einzelheiten zu dieser dritten Möglichkeit gab Dr. Böckler nicht an.

Böckler beantwortet den Adenauer Brief

In einem Antwortschreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer führt Dr. Böckler den Paragraphen 9 des Grundgesetzes an, der den Arbeitnehmern das Koalitionsrecht zusichere. Davon ausgehend betont er erneut die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Mitbestimmung notfalls mit gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. In diesem Zusammenhang kündigt Böckler an, daß auch im Bergbau eine Urabstimmung stattfinden werde. Der Zeitpunkt wird am Freitag vom Gesamtvorstand der IG-Bergbau in Bochum festgesetzt. In seinem Schreiben wendet sich Böckler damit gegen den Standpunkt des Adenauer-Briefes vom 14. Dezember, in dem der Bundeskanzler einen Streik zur Durchsetzung der Mitbestimmung als verfassungswidrig bezeichnet hatte.

Vierhundert Soldaten der in Schleswig stationierten norwegischen Besatzung sollen eine Hochgebirgsausbildung in Oesterreich erhalten.

3 Millionen Kubikmeter Geröll in einem Jahr

Trinkwasser wird aus dem Bodensee geholt — Schilf, ein wichtiger Rohstoff

Konstanz. Obwohl nicht weniger als fünf Länder am Bodensee ihren Anteil haben, nämlich Bayern, Württemberg, Baden, Oesterreich und die Schweiz, nennen die Württemberger — ohne dies jemals als imperialistische Anwendung empfinden zu haben — den Bodensee gern das „Schwäbische Meer“. Man braucht nicht bis zu Tacitus zurückzuschweifen, der schon vor etwa zwei Jahrtausenden mit gutem Grund diese Landschaft pries, auch die Minnesänger, auch unsere Annette von Droste-Hülshoff und viele Dichter, Maler und Musiker unserer Tage haben am Ufer dieses Sees sich niedergelassen, weil hier im Anblick der schimmernden und lebendigen Wasserfläche und in der Weite der Landschaft die Seele freier atmet und die Melodie der Schöpfung in ihren reinsten Akkorden auf-

zunehmen vermag. Hier wohnen u. a. Wilhelm von Scholz, Wilhelm Schäfer, Friedrich Schnack, die Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger, Carl Haendel, Theodor Plievier, zahlreiche Künstler und Gelehrte, die der heitere Zauber dieser südlichen Landschaft lockte und festhielt. Sie alle haben hier ihren Träumen nachhängen und ihnen Gestalt geben können.

Aber nicht darum handelt es sich diesmal, sondern hier im Bereich des Bodensees, sind noch andere Dinge wichtig und interessant. Da ist vor allem die überaus bedeutungsvolle Tatsache, daß der Bodensee vom Rhein durchströmt wird. Und welche Wirkungen das hat, wird fortgesetzt beobachtet und aufgezeichnet. Der Rhein kommt aus der Schweiz, er wirft mit heftiger Gärde seine Fluten in den See, und seine Richtung verläuft (wie die Anstalt für Bodenseeforschung in Konstanz festgestellt hat) etwa von Lindau bis Hagnau entlang dem deutschen Ufer (wobei er eine Breite von 1,5 Kilometer und eine Tiefe von 5 bis 25 Meter aufweist). Dann biegt er in den „Konstanzer Trichter“ ab, wo er den Bodensee wieder verläßt, und als Hochrhein in westlicher Richtung weiterstrebt.

Zuweilen bildet der Rhein im See eine Stromwalze von großer Breite, und es kann geschehen, daß das Strombett des Rheins innerhalb des Sees sich nicht nur nach den Seiten, sondern auch nach der Tiefe verändert, was mit dem spezifischen Gewicht und der Temperatur des Rheins und mit den Schwebstoffen, die er mit sich führt, zusammenhängt. Das Sommerwasser des Rheins kommt, weil es wärmer ist als das Seewasser, niemals auf den Grund des Sees. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß das Wasser des Rheins einen Härtegrad von 4,5 besitzt, während das Wasser des Bodensees sieben Härtegrade aufweist. Es ist übrigens festgestellt worden, daß der Rhein den Bodensee, der über 63,5 Kilometer lang und bis zu 14 Kilometer breit ist, in etwa 60 Tagen durchströmt.

Man hat errechnet, daß der Rhein und vor allem die Bregenzer Ache jährlich etwa 3 Millionen Kubikmeter Schutt und Geröll im Bodensee ablagern, so daß in ungefähr 12 500 Jahren der Bodensee aus der Landschaft verschwunden sein wird. Die tiefste Stelle des Sees, zwischen Immenstadt und Romanshorn, beträgt 252 Meter. Der Wasserstand des Sees, der im Lauf des Jahres um etwa zwei Meter schwankt und in heißen Sommern ganz erheblich zurückgeht, hat sich in den letzten Wochen infolge des Zustroms der Schmelzwasser aus den Schweizer Bergen um einen Meter gehoben. Auch die reichen Regenfälle der letzten Zeit haben hierzu beigetragen.

Dieses große Wasserbecken des Sees hat im Laufe der letzten Jahrzehnte für die Anwohner eine erhebliche praktische Bedeutung gewonnen. Die Wasserarmut vieler Gemeinden hat

Verschiedene Perspektive

Es ist ein klarer Unterschied, ob ich bei Ausbruch des dritten Weltkrieges Wisky trinkend in einem Club in Ottawa sitze oder mein Bier in einer Barackengaststätte in Bochum zu mir nehme, von Lübeck, Hamburg, Coburg oder Passau, noch näher an der „Front“ liegenden Orten gar nicht zu reden. In der verhältnismäßig großen Sicherheit Kanadas kann man sich eine größere Sorglosigkeit gestatten als im unmittelbar bedrohten Westdeutschland oder auch Westeuropa. Eine für unsere Begriffe etwas leichtfertige Einstellung offenbart sich daher in der Äußerung des kanadischen Verteidigungsministers Caxton, die Warnnoten der Sowjetunion gegen eine Bewaffnung Westdeutschlands sei ein „Riesenbluff“. Wir erinnern uns nur zu gut daran, daß auch die Warnung Pekings beim Ueberschreiten des 38. Breitengrades als Bluff bezeichnet wurde, und wir kennen das Ergebnis. Für uns ist die Beantwortung der Frage, ob der Krell seine Warnungen nur als politisches Druckmittel gebrauchen will, oder ob er ernstlich etwas zu unternehmen gedenkt, von so entscheidender Bedeutung, daß wir uns im Gegensatz zu den Leuten jenseits des Atlantik ein leichtfertiges Abtun nicht leisten können. Vielmehr sollten wir uns bemühen, von uns auch dahinter zu kommen, was Moskau nun wirklich beabsichtigt.

C.C.

Madrid erwartet die neuen Diplomaten

Deutsches Botschaftsgebäude für britischen Botschafter

hl. Madrid, 3. Januar

Die Nachrichten über den bevorstehenden Austausch von Botschaftern zwischen Washington und Madrid hat in Madrid eine sichtbare Befriedigung ausgelöst.

Der neue amerikanische Botschafter Stanton Griffith wird in Madrid in diesen Tagen erwartet. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß José Maria Lequerica, der seit mehr als zwei Jahren — offiziell unsichtbar — die Geschäfte der Botschaft in Washington wahrgenommen hat, nunmehr offiziell zum Botschafter ernannt wird. Lequerica hat zweifellos mit großem Geschick die schwierige Situation überbrückt und ein auf Teil zur Aufhebung des Boykotts gegen Spanien beigetragen. Man erwartet, daß mit der offiziellen Ernennung der Botschafter ein neuer Abschnitt in den politischen Beziehungen zu den USA beginnen wird.

Die Besetzung des englischen Botschafterpostens in Madrid ist aus dem vorbereitenden Stadium noch nicht herausgekommen. Die Residenz des künftigen Botschafters ist das ehemalige deutsche Botschafterpalais, das seit einigen Wochen hergerichtet wird, wie verlautet für den jetzigen englischen Botschafter in Buenos Aires, Sir John Balfour.

Auch die Haltung der französischen Sozialisten wird wohl nicht länger der Entscheidung eines Botschafters nach Madrid entgegenstehen. Die Frage ist für Paris bedeutend erleichtert worden durch die Erklärungen der Labourvertreter auf der letzten Konferenz der COMISCO in London, die auf einer Aufnahme der Beziehungen zu Spanien bestanden und eine antispanische Front der Sozialisten, wie die Franzosen vorschlugen, ablehnten.

Reorganisation in der Sowjetzone

Ministerialbeamte übernehmen volkseigene Großbetriebe — Zentrale Berliner Lenkung

r. Berlin, 2. Januar

Die Ministerialbeamten im „Haus der Ministerien“ in der ostberliner Leipziger Straße, haben am 1. Januar 1951 die Leitung der wirtschaftlichen Schwerpunktbetriebe in der Sowjetzone übernommen. Der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann (SED) erklärte auf einer internen Arbeitsbesprechung mit den Hauptdirektoren der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVEB), daß die 180 wichtigsten Industriebetriebe der Sowjetzone, wie die Maxhütte in Unterwellenborn, die Stahlwerke Brandenburg und Hennigsdorf, die Warnow-Werft, die Nileswerke und der Mansfelder Kupferschieferbau der direkten Leitung des Ministeriums für Schwerindustrie, bzw. für Maschinenbau unterstellt werden.

Die 180 Großbetriebe stellen zwar nur sieben Prozent der volkseigenen Industriebetriebe dar, aber sie produzieren 41,6 Prozent der volkseigenen Produktion der Sowjetzone.

Die meisten Hauptdirektoren der VVEB werden — zumindest vorübergehend — arbeitslos; denn Minister Selbmann teilte ihnen gleich-

zeitig mit, daß die Vereinigung der Volkseigenen Betriebe „teilweise liquidiert werden muß“. Sämtliche Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe der Länder werden aufgelöst, weil die zentrale Instanz in Berlin-Ost ihre Funktionen übernimmt. Die Vereinigung Volkseigener Betriebe soll sich künftig auf die sog. örtliche Industrie beschränken, ausgesprochene Versorgungsbetriebe, sowie Theater, Kinos usw. sollen den Kreis- und Kommunalverwaltungen unterstellt werden.

Die Sowjetzonen-Regierung verspricht sich von den getroffenen Maßnahmen eine „größere Rentabilität und Schlagkraft“ der volkseigenen Industrie, erklärte Selbmann. Die bisherige Arbeit in der volkseigenen Industrie habe „Mängel und Schwächen“ aufgewiesen, die nur durch eine „operative Leitung“ beseitigt werden könnten. Der „Schematismus“ und die „Mehrgleichigkeit der Kompetenzen“ in der Vereinigung Volkseigener Betriebe habe sich „mehr und mehr hemmend erwiesen“.

Die offiziöse „Berliner Zeitung“ kommentierte die Maßnahmen damit, daß sie „dem Stand unserer politischen Entwicklung entsprechen“.

Bundesregierung wird nicht ausgeschlossen

McCloy für Einschaltung in Vorbesprechungen für Viererkonferenz

dl. Bonn, 2. Januar

Bundeskanzler Dr. Adenauer nahm am Dienstag an einem Frühstück teil, zu dem der amerikanische Hohe Kommissar McCloy eingeladen hatte. Bei dieser Gelegenheit besprachen die beiden Staatsmänner eine Reihe der wichtigsten politischen Fragen, darunter auch die Resonanz der Sowjetnote in den alliierten Hauptstädten.

Die Bundesregierung legt Wert darauf, den Text der Note offiziell zur Kenntnis zu erhalten, ein Wunsch, dem von alliierter Seite Rechnung getragen werden dürfte. Der amerikanische Hohe Kommissar ließ keinen Zweifel darüber, daß die Bundesregierung keineswegs aus den Vorverhandlungen mit der Sowjetunion ausgeschlossen werden solle, da den alliierten Regierungen daran liege, die Auffassungen der Bundesregierung in jedem einzelnen Stadium der Verhandlungen kennenzulernen.

Dr. Adenauer erörterte sodann mit McCloy das Vorgehen bei den in Kürze beginnenden deutsch-alliierten Militärbesprechungen. Der Beginn dieser Besprechungen, der ursprünglich auf den 8. Januar festgesetzt worden war, dürfte sich nach Informationen aus alliierten Kreisen noch um wenige Tage verschieben. Die Vorverhandlung hängt lediglich mit technischen Fragen zusammen.

Die überaus schnelle Antwort der Sowjets auf die alliierten Noten wird in Bonner amtlichen Kreisen als eine Bestätigung der Auffassung gewertet, daß der Krell diesmal unter Umständen mit den Westmächten ins Gespräch kommen will. Darüber hinaus lehnt die Bundesregierung jede Stellungnahme zu der sowjetischen Note ab, bis diese ihr nicht offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist. Es scheint jedoch mit den Alliierten Einigkeit darüber zu bestehen, daß die Militärbesprechungen unter keinen Umständen durch die diplomatischen Vorverhandlungen mit Moskau verzögert oder gar verhindert werden sollen.

So kurz wie möglich

Amerikanische Wirtschaftssachverständige forderten, daß die USA, Großbritannien, Westeuropa und Japan für den Kriegsjahres Weizen- und Maisreserven anlegen sollen.

In den Vereinigten Staaten sind am Neujahrstag 294 Personen durch Unfälle ums Leben gekommen. Im Straßenverkehr fanden allein 207 Menschen den Tod.

Eine Grippe-Epidemie sucht zur Zeit die dichtbesiedelten Industriebezirke Nordenglands heim und fesselt Tausende von Menschen ans Bett. Arzneimittel sind bereits äußerst knapp geworden.

In den Schießbuden von Peking sind große Bilder von Präsident Truman, General MacArthur und anderen amerikanischen Persönlichkeiten als Zielscheiben aufgestellt.

Das statistische Amt in Washington schätzt die Einwohnerzahl der USA jetzt auf 152 340 000.

Amerikanische Firmen in Schanghai sind unter die Kontrolle einer Militärkommission gestellt worden.

Flakgruppe für New York. Zum ersten Mal nach dem Krieg ist in dem Stadtgebiet von New York eine Flakgruppe der amerikanischen Armee zugeteilt worden. Die aus zwei Abteilungen von je einhundert Mann bestehende Gruppe wird nach Mitteilung der amerikanischen Armee in erster Linie zu Übungszwecken nach New York verlegt.

Der USA-Senat nahm am Dienstag, dem letzten Sitzungstag des 81. Kongresses, den Mobilisierungsplan für die zivile Verteidigung der USA mit einem Kostenaufwand von 3,1 Milliarden Dollar an. Die Vorlage geht jetzt zur Unterschrift an Präsident Truman.

Im letzten Madrider Ministerrat wurde die baldige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland erörtert.

Wetterbericht

Wieder kälter

Ein Tiefdruckgebiet führt mildere Luft nach Westdeutschland, doch strömen nach seinem Durchzug erneut kalte Luftmassen von Osten ein. Vorhersage: Wolkig bis bedeckt, zeitweise Schnee und Regen. Im Bergland weiterhin leichter Schneefall. Temperaturen tags 2 bis 4 Grad über 0, nachts leichter Frost. Weitere Aussichten: Wieder kälter.

Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver, Kirchstraße 5
Fernruf: Halver 442 - Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther - Lokale Schriftleitung: Werner Bell - Anzeigenleitung: Ernst Hönges, Halver - Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich Abbestellungen nur bis zum 20. eines Monats schriftlich beim Verlag.

Am 29. Dezember 1950 verschied nach einem tragischen Unglücksfall im 68. Lebensjahre

Herr Robert Mürmann

Viele Jahre hat er in selten treuer Zusammenarbeit die Interessen der Firma gefördert.

Wir werden stets dankbar seiner gedenken.

Firma Ernst Gödersmann

Schalksmühle, im Januar 1951

Kontoristin

für sofort gesucht.

Wilhelm Schroeder,
Schirmfabrik,
Halver i. Westf.

Inserieren bringt großen Erfolg!

Teppiche

TEPPICHHAUS

Definitor
HAGEN
ELBERFELDER-STR. 53

Lichtspiele Karlshöhe

Mittwoch 20 Uhr

Donnerstag 20 Uhr

Ein neuer Schlager in aller Munde!
Wolfgang Liebeneiner's

Des Lebens Überfluß

Ein entzückender, musikscher-schwingender Film vom Wunder der Liebe, die stärker ist als die Wirklichkeit.

mit frischen jungen Filmgesichtern

Erika Müller, Ingeborg Körner,
Olaf Torsten, Gunar Möller,
Harald Hober

und bekannten Stars.

Margarete Slezak, Fritz Kampers,
Hans Schwarz, Josef Offenbach,
Volker v. Collande

Ein Fest des Frohsinns.

Dazu Wochenschau

und Beiprogramm.

Lahrer

Hinkender Bote

neuer historischer Kalender

1 · 9 · 5 · 1

vorläufig

Wilh. Bell jr., Halver.